

URGENT ACTION

PALÄSTINENSISCHER ANWALT WILLKÜRlich INHAFTIERT

ISRAEL / BESETZTE PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

UA-Nr: **UA-022/2022** AI-Index: **MDE 15/5328/2022** Datum: **15. März 2022** – vp

SALAH HAMMOURI

Gegen den französisch-palästinensischen Rechtsanwalt Salah Hammouri ist eine dreimonatige Verwaltungshaftanordnung erlassen worden. Er arbeitet als Feldforscher für die palästinensische NGO *Addameer* und wird seit dem 7. März ohne Anklage und Verfahren festgehalten. Seit 2002 wird Salah Hammouri von den israelischen Behörden immer wieder schikaniert. Er war bereits mehrmals in Haft. Für ihn besteht außerdem das Risiko, abgeschoben zu werden. Das israelische Innenministerium hat bereits Maßnahmen ergriffen, seinen Aufenthaltsstatus in Ostjerusalem für nichtig zu erklären. Die israelischen Behörden müssen Salah Hammouri unverzüglich freilassen und gewährleisten, dass er seinen Aufenthaltsstatus in Jerusalem behalten sowie seine Menschenrechtsarbeit fortführen kann, ohne Repressalien fürchten zu müssen.

Die willkürliche Inhaftierung und anhaltende Schikane gegen den französisch-palästinensischen Rechtsanwalt Salah Hammouri sind sehr besorgniserregend. Am 7. März wurde er in seinem Zuhause in Kafr Aqab im besetzten Ostjerusalem von israelischen Soldat_innen festgenommen. Das Viertel liegt zwar innerhalb des Jerusalemer Stadtgebiets, ist aber dennoch durch die Mauer und andere Militärkontrollposten abgetrennt. Nach seiner Festnahme wurde Salah Hammouri zunächst in das Militärgefängnis Ofer gebracht und danach in eine Hafteinrichtung verlegt, die im Russischen Viertel von Jerusalem liegt. Dort befindet er sich weiterhin, obwohl gegen ihn keine offizielle Anklage erhoben oder ein Verfahren eingeleitet wurde. Am 10. März erließ der_die Militärkommandeur_in der Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) im besetzten Westjordanland eine dreimonatige Verwaltungshaftanordnung für Salah Hammouri. Durch diese wurde seine Haft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren bis zum 6. Juni 2022 verlängert. Außerdem hat er so keine Mittel, um seine Haft wirksam anzufechten. Diese Anordnung soll in der Woche des 14. März von einem_r israelischen Militärrichter_in bestätigt werden und kann unbegrenzt erneuert werden.

Seit 2000 ist Salah Hammouri mehrfach inhaftiert worden. Dabei wurde er auch zweimal in Verwaltungshaft festgehalten: Für fünf Monate im Jahr 2004 und für dreizehn Monate im Jahr 2017. Außerdem haben die israelischen Behörden seine Rechte auf Bewegungsfreiheit und auf Familienleben verletzt: Seit 2016 darf seine Frau Elsa Lefort, eine französische Staatsbürgerin, die besetzten palästinensischen Gebiete und Israel nicht mehr betreten. Für ihn besteht außerdem die Gefahr, abgeschoben zu werden, da die israelischen Behörden im September 2020 Maßnahmen ergriffen haben, seinen Aufenthaltsstatus für nichtig zu erklären. Als Grund dafür wurde „Treuebruch“ gegenüber dem Staat Israel angegeben. Darüber informierte ihn das israelische Innenministerium am 3. September 2020. Nachdem seine Mittel innerhalb eines Berufungsverfahrens ausgeschöpft sind, wartet Salah Hammouri nun auf die endgültige Entscheidung des israelischen Hohen Gerichts. Laut seinem Rechtsbeistand gibt es Anlass zur Sorge, dass diese neueste Verwaltungshaftanordnung gegen ihn verwendet werden wird, um seine Abschiebung voranzutreiben.

Salah Hammouri ist ein Rechtsanwalt und Feldforscher für die bekannte palästinensische Menschenrechtsorganisation *Addameer* (Addameer Prisoner Support and Human Rights Association). Dies ist nicht das erste Mal, dass er in Zusammenhang mit seiner Menschenrechtsarbeit willkürlich festgenommen wurde.

Im Jahr 2021 wurden die Computer von Salah Hammouri und fünf weiteren palästinensischen Menschenrechtsverteidiger_innen mit der Überwachungssoftware Pegasus gehackt. Pegasus wurde von dem israelischen Unternehmen für Überwachungstechnologie NSO Group entwickelt.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Salah Hammouri ist für *Addameer* tätig, eine NGO, die Häftlingen rechtlichen Beistand leistet und sich für ihre Rechte einsetzt. Gemeinsam mit fünf weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde *Addameer* im Oktober 2021 von der israelischen Regierung offiziell zu einer „terroristischen Organisation“ erklärt. Menschenrechtsexpert_innen der Vereinten Nationen verurteilten diesen Schritt als einen Missbrauch von Terrorbekämpfungsmaßnahmen. Außerdem bezeichneten sie ihn als einen „Frontalangriff auf die palästinensische Menschenrechtsbewegung und auf die Menschenrechte generell.“

Der systematische Einsatz von Verwaltungshaft durch die israelischen Behörden verletzt internationale Menschenrechtsnormen. Die Verwaltungshaft kann zu willkürlicher Inhaftierung und, falls diese verlängert oder wiederholt angewendet wird, zu grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Bestrafung führen. Zu der diskriminierenden israelischen Staatspolitik, den entsprechenden Verordnungen und dem Verhalten gegenüber Palästinenser_innen in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten gehören auch Abschiebungen und Zwangsumsiedlungen.

In der Verwaltungshaft werden Personen von staatlichen Behörden inhaftiert, ohne dass die Absicht besteht, sie im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens strafrechtlich zu verfolgen. Verwaltungshaftanordnungen können immer wieder verlängert werden und Beweise werden den Inhaftierten vorenthalten, weshalb sie nicht effektiv gegen ihre Inhaftierung vorgehen können und nicht wissen, wann sie freigelassen werden. Seit dem 1. Januar 2022 boykottieren Hunderte Palästinenser_innen, die ebenfalls in Verwaltungshaft festgehalten werden, die israelischen Militärgerichte, um gegen ihre Haft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren zu protestieren. Laut seinem Rechtsbeistand hat Salah Hammouri vor, bei diesem Boykott mitzumachen. Er wird seine Anhörungen vor dem israelischen Militärgericht nicht besuchen.

Belege, die von Amnesty International und anderen Menschenrechtsorganisationen über Jahrzehnte hinweg gesammelt wurden, zeigen, dass die Verwaltungshaft von Israel gezielt eingesetzt wird. Damit können Personen, darunter auch gewaltlose politische Gefangene, allein für die Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit festgehalten werden. Laut *Addameer* befinden sich aktuell 500 Menschen in Verwaltungshaft, darunter ein Kind (Stand Februar 2022).

SCHREIBEN SIE BITTE FAXE, E-MAILS, TWITTERNACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie dringend dazu auf, Salah Hammouri und alle anderen freizulassen, gegen die Verwaltungshaft erlassen wurde, sofern sie nicht umgehend einer international anerkannten Straftat angeklagt und in Verfahren, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprechen, vor Gericht gestellt werden.
- Außerdem fordere ich Sie auf, zu gewährleisten, dass er seinen Aufenthaltsstatus in Jerusalem behalten sowie seine Menschenrechtsarbeit fortführen darf, ohne Repressalien fürchten zu müssen.

APPELLE AN

VERTEIDIGUNGSMINISTER ISRAELS

Minister of Defence
Benny Gantz
Ministry of Defence
37 Kaplan Street, Hakiryia, Tel Aviv 61909, ISRAEL
(Anrede: Dear Minister /Sehr geehrter Herr Minister)
Fax: (00 972) 3-6916940
Email: bgantz@knesset.gov.il
Twitter: @gantzbe

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

S. E. Herrn Jeremy Nissim Issacharoff
Auguste-Viktoria-Straße 74-76
14193 Berlin
Fax: 030 – 8904-5555
E-Mail: botschaft@israel.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Hebräisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **26. Juli 2022** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to immediately release Salah Hammouri and all others who have been placed under administrative detention, unless they are promptly charged with an internationally recognizable crime and tried in proceedings that adhere to international fair trial standards.
- I urge the authorities to ensure that he is allowed to keep his residency status in Jerusalem and continue with his human rights work without fear of reprisals.

AMNESTY
INTERNATIONAL

